

Gutachterordnung

der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg

vom 15. Januar 2004

Auf Grund von § 4 Abs. 1 i. V. m. § 9 des Heilberufe-Kammergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1995 (GBl. S. 314), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 25. Februar 2003 (GBl. S. 119), und auf Grund von § 12 Nr. 1 der Satzung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg vom 9. Juni 1977 (Zahnärzteblatt Baden-Württemberg 1977, Heft 10, Seite 239 ff), hat die Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg am 5. Dezember 2003 folgende Neufassung der Gutachterordnung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg beschlossen:

Präambel

Gutachterlich tätige Zahnärztinnen und Zahnärzte haben eine hohe Verantwortung. Sie bilden sich umfassend fort, sind unabhängig und unparteiisch.

§ 1

Bestellung durch die Kammer

- (1) Gutachterin oder Gutachter im Sinne dieser Ordnung ist eine Zahnärztin oder ein Zahnarzt, die bzw. der vom Vorstand der Bezirkszahnärztekammer für deren Bereich für die Begutachtung zahnärztlicher Leistungen bestellt ist.
- (2) Die Erstellung von Gutachten beschränkt sich auf privat Zahnärztliche Behandlungen, unabhängig vom Versicherungsstatus des Patienten.
- (3) Die Bestellung einer Gutachterin oder eines Gutachters ist befristet für die Kammerperiode. Eine erneute Bestellung ist möglich.

§ 2

Voraussetzung für die Bestellung zur Gutachterin oder zum Gutachter

- (1) Zur Gutachterin oder zum Gutachter der Kammer kann nur bestellt werden, wer
 - a) Kammermitglied der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ist,
 - b) eine mindestens 5-jährige Berufserfahrung als Zahnärztin oder Zahnarzt besitzt oder Hochschullehrerin oder Hochschullehrer an einer Landesuniversität in Baden-Württemberg ist sowie
 - c) eine ständige und umfassende Fortbildung nachweisen kann.

- (2) Die Bestellung erlischt,
 - a) wenn die Gutachterin oder der Gutachter gegenüber der Kammer, die die Bestellung vorgenommen hat, schriftlich erklärt, dass die Gutachtertätigkeit eingestellt wird,
 - b) wenn die Kammermitgliedschaft der Gutachterin oder des Gutachters bei der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg erlischt,
 - c) mit Ablauf der Bestellung.
- (3) Die Gutachterin oder der Gutachter kann vom Vorstand, der die Bestellung vorgenommen hat, aus einem wichtigen Grund abberufen werden.

§ 3 Gutachterliste

- (1) Die Gutachterinnen und Gutachter werden von den Bezirkszahnärztekammern für deren Bereich in Gutachterlisten zusammengefasst.
- (2) Die Gutachterliste kann auf Antrag von der Kammer Dritten zur Verfügung gestellt werden.

§ 4 Rechte und Pflichten der Gutachterinnen und Gutachter

- (1) Die Gutachterin oder der Gutachter darf das Gutachten grundsätzlich nur der Auftraggeberin oder dem Auftraggeber überlassen. Mit Zustimmung der Auftraggeberin oder des Auftraggebers kann das Gutachten auch der behandelnden Zahnärztin oder dem behandelnden Zahnarzt überlassen werden. Ist die Auftraggeberin oder der Auftraggeber nicht zugleich die Patientin oder der Patient, bedarf es für eine Weitergabe des Gutachtens der Zustimmung der Patientin oder des Patienten.
- (2) Unbeschadet von Absatz 1 soll die Gutachterin oder der Gutachter eine anonymisierte Mehrfertigung des Gutachtens unter Beachtung der Bestimmungen des Datenschutzes und der Berufsordnung der Kammer zur Verfügung stellen. Soweit die Gutachterin oder der Gutachter aufgrund der Begutachtung zu der Überzeugung gelangt, dass der Verdacht von Fahrlässigkeit oder grober Fahrlässigkeit bezüglich der Behandlung und/oder der Honorarabrechnung bei dem zu beurteilenden Sachverhalt vorliegt, so ist die Gutachterin oder der Gutachter verpflichtet, eine Mehrfertigung des Gutachtens der Kammer mit der Maßgabe vorzulegen, dass die Zustimmung der Patientin oder des Patienten vorliegt.
- (3) Die Gutachterin oder der Gutachter hat sich auch nach der Bestellung umfassend fortzubilden.
- (4) Mit der Bestellung zur Gutachterin oder zum Gutachter darf nicht geworben werden.

- (5) Zahnärztinnen und Zahnärzte dürfen Patientinnen oder Patienten, die sie zum Zwecke einer Begutachtung aufgesucht haben, vor Ablauf von 24 Monaten nach Abgabe der schriftlichen Stellungnahme über die Begutachtung nicht behandeln. Dies gilt nicht für Notfälle.
- (6) Jede Gutachterin und jeder Gutachter ist verpflichtet, die von ihr bzw. ihm erstellten Gutachten statistisch auf einem Erhebungsbogen („Statistik über Privatgutachten“) zu erfassen. Diese Erhebungsbögen sind vierteljährlich der zuständigen Bezirkszahnärztekammer zur Auswertung zu überlassen.
- (7) Die Gutachterin oder der Gutachter ist verpflichtet, unbeschadet der gesetzlichen Bestimmungen, die Gutachterunterlagen 3 Jahre nach Fertigstellung des Gutachtens aufzubewahren. Danach sind die Unterlagen, auch auf elektronischen Datenträgern, zu vernichten.

§ 5

Erteilung und Ablehnung eines Gutachtauftrages

- (1) Der Gutachtauftrag kann von einer Patientin oder einem Patienten, der Kammer, einem Kostenträger oder einem Gericht erteilt werden.
- (2) Ein Gutachtauftrag ist zurückzugeben, wenn:
 - a) sich die Gutachterin oder der Gutachter für befangen hält,
 - b) sich die Gutachterin oder der Gutachter nicht imstande sieht, den Auftrag innerhalb einer angemessenen Frist vorzunehmen,
 - c) der Gutachterin oder dem Gutachter nicht alle für die Begutachtung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stehen.

§ 6

Besondere Pflichten bei der Erstellung von Gutachten

- (1) Für die Bewertung der Befunde, Diagnosen und Behandlungsmethoden sind die anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnisse der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde unter Berücksichtigung des Einzelfalls zu beachten. Individuelle Auffassungen der Gutachterin oder des Gutachters haben demgegenüber zurückzutreten.
- (2) Bei der Untersuchung oder Befragung einer Patientin oder eines Patienten sowie bei der schriftlichen Stellungnahme sind nicht der Sache dienliche oder herabsetzende Äußerungen über die Behandlungsweise, die Person oder über das berufliche Wissen der behandelnden Zahnärztin oder des behandelnden Zahnarztes zu unterlassen.
- (3) Begutachtungen und die Ausstellung von Zeugnissen sind innerhalb einer angemessenen Frist vorzunehmen.

§ 7

Persönliche Erstellung des Gutachtens

- (1) Die Gutachterin oder der Gutachter hat das Gutachten persönlich zu erstellen.
- (2) Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer können die Erstellung von Gutachten auf qualifizierte, für eine Gutachtertätigkeit geeignete wissenschaftlich tätige Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter übertragen. Die beauftragte Hochschullehrerin oder der beauftragte Hochschullehrer zeichnet für das Gutachten persönlich verantwortlich.
- (3) Mehrere Gutachterinnen und Gutachtern können sich zur Erstellung eines Gutachtens, das aus fachlichen Gründen nicht von einer Gutachterin oder einem Gutachter allein erstellt werden kann, zusammenschließen. Hierzu ist die Zustimmung von Patientin oder Patient, Auftraggeberin oder Auftraggeber und Kammer einzuholen. In diesen Fällen muss bei jeder beteiligten Gutachterin oder jedem beteiligten Gutachter die Unabhängigkeit gewahrt sein. Das Gutachten ist von allen Beteiligten zu unterzeichnen.

§ 8

Vorbereitung des Gutachtens

- (1) Die Gutachterin oder der Gutachter unterrichtet die behandelnde Zahnärztin oder den behandelnden Zahnarzt über den Gutachterauftrag, sofern die Auftraggeberin oder der Auftraggeber die Unterrichtung nicht bereits vorgenommen hat, und fordert die behandelnde Zahnärztin oder den behandelnden Zahnarzt auf, sich zu dem zu begutachtenden Behandlungsfall zu äußern.
- (2) Die Gutachterin oder der Gutachter fordert bei Bedarf weitere Behandlungsunterlagen an und entscheidet, ob eine Untersuchung der Patientin oder des Patienten erforderlich ist. Der behandelnden Zahnärztin oder dem behandelnden Zahnarzt ist mit Zustimmung der Patientin oder des Patienten Gelegenheit zu geben, bei der Untersuchung anwesend zu sein. Bei Begutachtungen, die im Auftrag des Gerichts erfolgen, ist die Beteiligung der behandelnden Zahnärztin oder des behandelnden Zahnarztes von der Entscheidung des Gerichts abhängig.

§ 9

Aufbau des Gutachtens

- (1) Das Gutachten beginnt mit dem Rubrum, das
 - a) Name und die Anschrift der Gutachterin oder des Gutachters,
 - b) Name, Geburtsdatum und die Anschrift der Patientin oder des Patienten,
 - c) Name und Anschrift der behandelnden Zahnärztin oder des behandelnden Zahnarztes,
 - d) Name und Anschrift der Auftraggeberin oder des Auftraggebers des Gutachtens; bei Gerichten unter Angabe des Aktenzeichens,
 - e) die vorliegenden Unterlagen und
 - f) Angaben über die vorgenommenen Untersuchungenbeinhaltet.

- (2) Das Gutachtenthema ist anzugeben; bei Gerichtsgutachten ergibt es sich aus dem Beweisbeschluss.
- (3) Bei der Darstellung des Sachverhalts sind die von der Patientin oder vom Patienten mitgeteilten Angaben und gegebenenfalls vorgetragenen Beschwerden aufzunehmen. Im Anschluss daran folgt die Darstellung der eigenen Wahrnehmung und Feststellung.
- (4) Bei der Beurteilung und Bewertung des Sachverhalts ist anzugeben, ob die erfolgte oder vorgesehene Behandlung nach den anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde als vertretbare Behandlung zu beurteilen ist und keine Sorgfaltspflichtverletzungen vorliegen.
- (5) Wird festgestellt, dass die Behandlung nicht den anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde folgt, hat die Gutachterin oder der Gutachter sich dennoch eigener alternativer Behandlungsvorschläge zu enthalten, es sei denn, im Gutachterauftrag wird dies ausdrücklich verlangt.
- (6) Gelangt die Gutachterin oder der Gutachter zu negativen Feststellungen, sind diese zu begründen. Es ist insbesondere darzulegen, inwieweit die behandelnde Zahnärztin oder der behandelnde Zahnarzt unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Behandlung vorliegenden Möglichkeiten und den Umständen der Behandlung eine fehlerhafte Behandlung vorgenommen hat.

§ 10 Entschädigung

- (1) Die Gutachterin oder der Gutachter erhält für ihre bzw. seine Tätigkeit eine Entschädigung.
- (2) Grundlage für die Berechnung der Entschädigung von Privatgutachten sind die Regelungen der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ).
- (3) Grundlage für die Berechnung der Entschädigung von Gerichtsgutachten ist das Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen (ZSEG) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 11 Streitigkeiten

Bei Streitigkeiten über die Ordnungsgemäßheit von Gutachten und deren Gebührenrechnung können die Gutachterin oder der Gutachter und die Auftraggeberin oder der Auftraggeber des Gutachtens zur Streitschlichtung die Kammer anrufen. Sachlich zuständig ist der Vorstand, der die Gutachterin oder den Gutachter bestellt hat.

§ 12

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gutachterordnung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vom 26.01.1996 (Zahnärzteblatt Baden-Württemberg 1996, Heft 3, Seite 158 ff.), geändert durch Satzung vom 08.01.2001 (Zahnärzteblatt Baden-Württemberg 2001, Heft 2, Seite 58) außer Kraft.